

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Preis pro Jahrgang
R. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 15.

Mittwoch, 20. Januar 1897, Abends.

50. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßa oder durch einen Erzeuger 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der hiesigen Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Ausgabe-Konten für die Nummer des Abgabebetages bis zum 1. März 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rautenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers soll

Mittwoch, den 27. Januar d. J. 38.
von Nachmittags 6 Uhr ab

in den Räumen des Hotel Münch hier selbst ein

Festmahl

abgehalten werden.

Alle patriotisch gesinnten Herren der Stadt und ihrer Umgegend werden zur Theilnahme an dieser Feier mit dem Ersuchen ergebenst eingeladen, ihre Betheiligung bis zum 25. Januar in den auf der Rathskanzlei und im Festlokal ausliegenden Listen einzutragen.

Der Preis eines Gedeckes (einschl. Musik) ist auf 3,50 Mark festgesetzt.

Riesa, den 20. Januar 1897.

Boeters, Bürgermeister.

Erlaß

an die Schulvorstände im amtshauptmannschaftlichen Bezirke
Großenhain, Melanchthonfeier betr.

Inhalts ergangener Generalverordnung vom 15. vorigen Monats hat das Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts mit Bezugnahme darauf, daß am 16. Februar dieses Jahres vier Jahrhunderte seit der Geburt Melanchthons verstrichen sein werden und eine kirchliche Gedenkfeier an dem diesem Tage vorausgehenden Sonntage veranstaltet werde, angeordnet, daß am 16. künftigen Monats in allen evangelisch-lutherischen Schulen des Landes der

Bedeutung Melanchthons und seiner Verdienste um die evangelisch-lutherische Kirche und Schule in angemessener Weise gedacht werde. Auch will das Königl. Kultusministerium, insofern an einzelnen Orten darüber hinausgehende besondere festliche Veranstaltungen aus diesem Anlasse getroffen werden sollten, wegen etwaiger Betheiligung der Volksschulen hieran das Weitere den Schulvorständen unter Vernehmung mit den Districtschulspectoren überlassen.
Die Schulvorstände werden hiervon zur Nachachtung in Kenntnis gesetzt.
Großenhain, am 15. Januar 1897.

Die Königl. Bezirkschulinspektion.
v. Bilinski. Dr. Selbe.

B. 35.

D.

Spanisches.

* Die lange Dauer des kubanischen Aufstandes und die hieraus entstandenen Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika üben mehr und mehr ihren Einfluß auf die innere Lage Spaniens aus. Der alte Gegensatz zwischen der jetzt herrschenden konservativen Partei unter Canovas und der liberalen Partei unter Sagasta ist wieder stark wegen einer von der Regierung erlassenen Ausführungsverordnung zu dem Reformgesetz für Porto Rico hervorgetreten. Das Gesetz selbst war noch unter der liberalen Herrschaft beschlossen worden; es enthielt insbesondere die Bestimmung, daß eine frei gewählte Provinzialvertretung eine Reihe von Funktionen unabhängig von der Regierung ausüben solle. In jener Ausführungsverordnung sehen die liberalen Organe eine rückwärtliche Umgestaltung des Grundgedankens, von dem sich die Cortes bei ihrer Beschlußfassung über das Gesetz hatten leiten lassen, und bezeichnen die für Porto Rico bewilligten Reformen als unbrauchbar für eine Verständigung über die Reformen auch für Kuba. Die Vorschriften für Porto Rico sollten nämlich der Vorläufer für die Umgestaltung der Verwaltung auf Kuba sein.

Diese härteren Regungen der Opposition in Spanien selbst erschweren natürlich die Stellung der Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten. Das bisher über eine Verständigung zwischen beiden Ländern verhandelte, hat sich hinterher immer als trügerisch erwiesen. Der Ministerpräsident Canovas ist bisher nicht davon abgegangen, daß der spanische Stolz eine Vermittelung der Vereinigten Staaten mit den Aufständischen auf Kuba nicht zulasse und daß Spanien aus eigenem Recht Reformen auf Kuba einführen werde, sobald die Kraft des Aufstandes gebrochen sei. Den Amerikanern aber dauert der Aufstand zu lange, und es scheint, als ob Cleveland noch kurz vor seiner Abgang durch Mr. Stanley die Rücksicht, die er bisher gegen das Drängen des amerikanischen Kongresses Spanien gegenüber gezeigt hat, verändern und einen Erfolg in der kubanischen Sache davontragen möchte. Auch von seinem gewöhnlichen Standpunkte aus wird jetzt geltend gemacht, daß Spanien den Besitz Kubas nur noch behaupten könne, wenn es sich mit einer amerikanischen Vermittelung und mit der Gewährung der Autonomie an die Insel unter Vörschaft der Vereinigten Staaten einverstanden erkläre.

Ob freilich ein Cabinet Sagasta hierauf eingehen würde, ist fraglich. Jedenfalls ist die Lage des konservativen Cabinets Canovas durch gleichzeitige Bedrohungen von innen und außen schwieriger geworden, und wenn nicht endlich der Generalgouverneur Weyler einen unerwarteten, endgültigen Erfolg über den Aufstandsführer Gomez und seine Schaar davonträgt und sich die Bewältigungen der Insel weiter fortsetzen,

so könnten die Tage des Cabinets Canovas wohl nicht mehr lange währen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser hat über die Centenarfeier des Geburtstages Wilhelm I. eine Cabinetsordre erlassen, wonach diese Feier in Preußen einheitlich stattfinden soll. Diese Cabinetsordre ist auch den übrigen Bundesstaaten zugegangen. Nach derselben soll die Feier drei Tage dauern. Am Sonntag, den 21. März, sollen in den Kirchen Festgottesdienste stattfinden. Am 22. sind öffentliche Feste, Paraden, Schulfest und Illuminationen vorgesehen, während am 23. volkstümliche Veranstaltungen, Commerce u. abgehalten werden.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden auf Grund guter Information, daß die Witzteilung von gemeinsamen Manövern der bayerischen Armee mit preussischen Truppen den Thatsachen entspricht. Die Manöver wird der Kaiser als Bundesfeldherr leiten. Allerdings ist die Frage vorläufig noch im Stadium erster Vorbereitung.

Der von England zum Studium der technischen Ausbildung nach Deutschland entsandte Ausschuss hat seinen Bericht veröffentlicht, worin es heißt: Es bestehe kein Zweifel, daß in gewissen Industrien die britische Ueberlegenheit ernstlich gefährdet werde, indem Deutschland gewaltige Fortschritte mache, besonders in den Gewerbebezügen, in denen es eines größeren chemischen oder technischen Wissens bedürfe.
In den nächsten Tagen wird im Kaiserlichen Reichsgesundheitsamt auf Veranlassung des Reichsamts des Innern eine Konferenz stattfinden, um über Vorsichtsmaßregeln gegen die Pestgefahr zu beraten. Der Reichskanzler hat bereits bestimmt, daß alle Schiffe, welche aus Bombay und den übrigen Hafenorten des Vorder-Indien und Persien kommen, an allen deutschen Seerorten übermacht werden müssen. Wenn sich an Bord der betreffenden Schiffe ein Arzt befindet, dann muß er unter Eid aussagen, ob innerhalb eines gewissen Zeitraumes auf dem Schiffe ein Pestfall vorgekommen ist. Hat das Schiff Pestranke an Bord, dann muß es die gelbe Flagge hissen. Es wird dann nach Dänen dirigiert, in denen sich Quarantänestationen befinden. Solche Stationen gibt es in Hamburg und Bremen. Hier erfolgt eine entsprechende Desinfektion und längere Kontrolle. Die Konferenz wird voraussichtlich ähnlich wie bei der letzten Cholera-Epidemie bestimmte Beschränkungen im See- und Eisenbahnverkehr verfügen und alle Reisenden einer Kontrolle unterwerfen. Weiter wird es sich hauptsächlich darum handeln, die sogenannten giftigen Stoffe, wozu in erster Linie Woll-, Lumpen-, Kleider u. s. w. gehören, einer besonders sorgfältigen Desinfektion zu unterwerfen. Da gelegentlich der letzten lebenden internationalen Sanitätskonferenz, die im Jahre 1893 in Dresden stattfand, in Fällen größerer Epidemien

ein Zusammengehen aller interessirten Mächte vereinbart wurde, so ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die deutsche Regierung bereits Schritte eingeleitet hat, die auf ein gemeinschaftliches Vorgehen der Mächte abzielen. Für Deutschland kommen in erster Linie die Türkei und Rußland, alsdann Oesterreich-Ungarn in Betracht.

Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe mit Gemahlin werden am 16. Februar das Fest der goldenen Hochzeit im engsten Familienkreise begehen. Von der Absicht einer Familienfeier in Schillingstift hat das Fürstenpaar in Rücksicht auf die vielfachen dringenden Geschäfte, welche den Reichskanzler in Berlin festhalten, abgesehen.

Bei dem preussischen Minister des Innern, Freiherrn von der Rede, findet am Freitag ein parlamentarischer Abend statt.

Vom Reichstag. Mit ruhiger Sachlichkeit verhandelte der Reichstag am Dienstag über den Etat des Reichsschatzamt. Graf Posadowsky hatte seine große Rede ja schon bei dem Beginn der ersten Lesung des Schatzamtetat gehalten und konnte daher gestern das Feld den Rednern aus dem Hause einkäumen. Die Abg. Lenzmann und Hammacher verlangten eine Beförderung zur Vorbereitung von Zollfreiheiten und zu deren Entscheidung; Herr Hammacher wollte mit Rücksicht auf den Artikel 6 der Reichsverfassung die Einsetzung dieser Beförderung den Einzelstaaten überlassen; Herr Lenzmann verlangte eine Beförderung von Reichswegen. Obwohl Graf Posadowsky, der sich der ganzen Forderung gegenüber ziemlich kühl verhielt, eine reichsgerichtliche Regelung direct ablehnte, gingen die „Genossen“ noch über den Antrag Lenzmann hinaus und forberten ein internationales Schiedsgericht für Zollsachen. Als ihr Sprecher, Bundesrath Ulrich aus Offenbach, die Rednertribüne erklimmen, erschienen auch einige seiner Genossen im Saal, die ihm bisher fern geblieben waren. Herr Ulrich führte als Beispiel für die Möglichkeit seines Schiedsgerichts die Zwistigkeiten zwischen dem Reich und Rußland an und meinte, in den Verhandlungen zu deren Beilegung würden wir wohl die „Ladetten“ sein. Die Debatte über die Anträge dehnte sich über Stunden aus. Der Abg. Lieber benutzte die schöne Gelegenheit, Angriffe, die im Abgeordnetenhaus gegen das unantastbare Centrum bezüglich seiner Haltung zur Finanzpolitik gerichtet wurden, zurückzuweisen. Er erledigte sich dieser Aufgabe in dem überlegenen Tone, wie er dem Führer der „ausgeschlagenen“ Partei seit einiger Zeit eigen ist; außerdem zeichnete sich die Rede durch die bei Dr. Lieber übliche endlose Breite aus. Im Verlauf der Finanzdebatte, die sich auf Grund dieser Rede entspann, konnte Herr Lieber sich davon überzeugen, daß seine Gegner gar nicht so unversöhnlich seien. So schied man denn mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß man über eine Reichsfinanzreform sich doch noch wieder einigen kann.